

# Belgard-Bolziner Kreisblatt

No. 75

Mittwoch, den 21. September

1927

Fünfundsiebzigster Jahrgang.

Erscheint

jeden Mittwoch und Sonnabend Vormittag.  
Der Abonnementspreis beträgt 0,75 RMk.  
monatlich bei der Expedition dieses Blattes,  
sowie bei allen Postanstalten.



Insertate

werden berechnet die einspaltige Zeile oder  
deren Raum mit 15 Reichspfennig nach dem  
am Tage gültigen amtlichen Dollarstand.  
Expedition: Blumenstr. 16.

## Ämtlicher Teil.

### Kreisvergnügungssteuer.

Ich mache die Herren Ortsvorsteher des Kreises darauf  
aufmerksam, daß bis zum 10. k. Mts. die Nachweisung über  
die im II. Vierteljahr des Rechnungsjahres 1927 (1. Juli —  
30. September 1927) aufgekommene Kreisvergnügungssteuer  
einzureichen ist.

Belgard, den 16. September 1927.

Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses.

### Bekanntmachung.

Die Sperrung der Kunststraße Köslin—Körlin, von  
Stat. 9,7 bis 10,0; 10,9 bis 11,5 und 15,5 bis 15,7 + 50  
wird ab sofort aufgehoben.

Köslin, den 14. September 1927.

Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses.

J. B. Reinfeld, Kreisdeputierter.

B. A. 23. c. II. 44. 25.

27.

### Bekanntmachung.

Der Mühlenbesitzer Hermann Schley in Gauerkow,  
Kreis Belgard hat als Eigentümer des im Grundbuche von  
Gauerkow Band I Blatt 7 eingetragenen Grundstück beantragt,  
ihm gemäß § 46 des Wassergesetzes vom 7. April 1918  
(G. S. S. 53) das Recht zu verleihen:

Das Wasser des Buggerbaches zum Antriebe der  
Gauerkower Mühle, Gemarkung Gauerkow, Karten-  
blatt 1 Parzelle 279/69 bei den Parzellen 285/69  
und 279/69 auf die Höhe von 100,23, also 0,85 m  
über dem Fachbaum der Freischleuse anzustauen.

Die von dem Unternehmer eingereichten Zeichnungen  
und Erläuterungen liegen gemäß § 66 des Wassergesetzes  
zwei Wochen lang nach Ablauf des Tages, an dem das  
diese Bekanntmachung enthaltende Kreisblatt ausgegeben ist,  
bei dem Landratsamte in Belgard a. Pers. zur Einsicht aus.

Widersprüche gegen die Verleihung sowie Ansprüche  
auf Herstellung und Unterhaltung von Einrichtungen oder  
auf Entschädigung sind innerhalb der obigen Frist bei der

unterzeichneten Verleihungsbehörde schriftlich in zwei  
Ausfertigungen oder zu Protokoll anzubringen.

Diese Bekanntmachung ergeht unter der Verwarnung,  
daß diejenigen, die innerhalb der oben festgesetzten Frist  
keinen Widerspruch gegen die Verleihung erheben, ihr Wider-  
spruchsrecht verlieren und das wegen nachteiliger Wirkungen  
der Ausübung des verliehenen Rechtes nur noch die im § 82  
des Wassergesetzes bezeichneten Ansprüche geltend gemacht  
werden können.

Die gleiche Frist gilt für andere Anträge auf Ver-  
leihung des Rechtes zu einer Benutzung des Wasserlaufs,  
durch welche die von dem Antragsteller beabsichtigte Be-  
nutzung beeinträchtigt werden würde. Hierbei wird die Ver-  
warnung erlassen, daß nach Ablauf der Frist gestellte Anträge  
auf Verleihung in demselben Verfahren nicht berücksichtigt  
werden.

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen  
Widersprüche gegen die Verleihung, Anträge auf Herstellung  
und Unterhaltung von Einrichtungen sowie Entschädigungs-  
ansprüche wird später Termin anberaumt werden.

Köslin, den 2. September 1927.

Namens des Bezirks Ausschusses.

Der Vorsitzende.

J. B. Bethge.

### Persönliches.

Der Amtsvorsteher des Amtes Standemin, Herr Ritter-  
gutsbesitzer und Major Russell auf Lütz, ist vom 18. Sep-  
tember bis 10. Oktober 1927 aus seinem Amtsbezirk ab-  
wesend. Seine Vertretung übernimmt während dieser Zeit  
der Amtsvorsteher-Stellvertreter, Herr Gemeindevorsteher  
Nagel in Lütz.

Lütz, den 17. September 1927.

Der Amtsvorsteher.

Russell.

Der Oberlandjäger Gruschka in Silesen ist vom 21. Sep-  
tember d. J. ab auf die Dauer von 3 Monaten zur  
kriminalistischen Ausbildung nach Stettin abgeordnet.



Die Vertretung übernimmt für die Zeit vom 20. 9. bis 20. 10. d. Jz. der Oberlandjäger Jork in Belgard, vom 21. 10. bis 21. 11. d. Jz. der Oberlandjäger Mau in Belgard und vom 22. 11. bis 22. 12. d. Jz. der Landjägermeister Podschun in Belgard.

Belgard, den 18. September 1927.

Der Landrat.

In Arnhausen ist der Lehrer i. R. Albert Züge zum Gutsvorsteher-Stellvertreter bestellt und als solcher bestätigt worden.

Belgard, den 15. September 1927.

Der Landrat.

### Urlisten der Schöffen und Geschworenen.

Ein großer Teil der Ortsbehörden ist noch mit der Einsendung der Urlisten der Schöffen und Geschworenen an das zuständige Amtsgericht im Rückstande. Ich verweise daher auf die Bekanntmachung vom 10. Mai 1927 Kreisblatt Nr. 37 für 1927 und erwarte, daß die aufgestellten und ordnungsmäßig ausgelegten Urlisten spätestens innerhalb 8 Tagen dem zuständigen Amtsgericht eingesandt werden.

Belgard, den 19. September 1927.

Der Landrat.

### Ankauf volljähriger Truppendienstpferde im Herbst 1927.

Zum Ankauf von warmblütigen volljährigen Reit- und Zugpferden sollen im Regierungsbezirk Stettin die nachbezeichneten öffentlichen Märkte abgehalten werden:

am 3. Oktober 1927 80 Labes,

am 4. Oktober 1927 80 Demmin.

Wegen der Ankaufsbedingungen nehme ich Bezug auf meine Bekanntmachung vom 8. August d. Jz. — Kreisblatt 1927 Nr. 64 —.

Belgard, den 17. September 1927.

Der Landrat.

### Richtlinien für die Auspielung geringwertiger Gegenstände bei Volksbelustigungen.

ROErl. d. MdJ. v. 1. 9. 1927 — II D 78.

Die gemäß § 286 RStGB. in Verbindung mit dem Königl. Erl. vom 2. 11. 1868 (GS. S. 991) der Zuständigkeit der Ortspolizeibehörden vorbehaltene Genehmigung zu Auspielungen bei Volksbelustigungen darf in Zukunft nur erteilt werden, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Die zum Verkauf im Wandergewerbe nach § 56 RGO. nicht zugelassenen Waren sind auch von Auspielungen auszuschließen.

Lebende Tiere dürfen nur ausgespielt werden, sofern es sich um solche handelt, die üblicherweise in engen Käfigen oder ähnlichen Behältnissen gehalten werden (z. B. Vögel, Goldfische).

2. Der Kleinhandelswert der Auspielungsgegenstände darf nicht mehr als 5 RM betragen. Der Spieleinsatz darf 30 Pf nicht überschreiten.

Diese Sätze sind als Höchstgrenze anzusehen. In Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse darf die Wertgrenze bis auf 3 RM, der Spieleinsatz bis auf 10 Pf herabgesetzt werden.

3. Die Auspielung darf im allgemeinen nur erfolgen a) durchs Glücksrad, b) durch Würfelspiel mit nicht mehr als 3 Würfeln.

Andere Spiele sind nur zuzulassen, wenn ihre Unbedenklichkeit von dem zuständigen Reg.-Präs. anerkannt ist.

In Berlin bleibt die weitere Zulassung von Auspielungsarten dem Polizeipräsidenten überlassen.

4. Auspielungen dürfen nur auf Grund eines polizeilich genehmigten Spielplanes erfolgen. Eine Ausfertigung des Spielplanes ist an einer dem Publikum sichtbaren Stelle auszuhängen.

5. Serienauspielungen, bei denen bei Abnahme von mehreren Losen eine Preisminderung eintritt, sind nicht zuzulassen.

6. Serienauspielungen mittels Glücksrad, bei denen ein Spiel erst stattfindet, wenn eine bestimmte Anzahl von Karten verkauft sind, dürfen nur genehmigt werden, wenn auf je 50 Lose wenigstens 3 Gewinne entfallen.

7. Die Gewinne sind leicht übersehbar, deutlich bezeichnet und von sonstigen Gegenständen getrennt, aufzustellen.

8. Der gewonnene Gegenstand darf von dem Auspielungsunternehmer nicht zurückgekauft werden.

9. Jugendlichen unter 16 Jahren darf die Beteiligung an einer Auspielung nur in Begleitung der Erziehungsberechtigten oder deren Vertreter gestattet werden.

10. Auspielungen sind nur bei solchen Volksbelustigungen zuzulassen, bei denen sie herkömmlich sind. Es ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die Zahl und der Umfang der Auspielungsgeschäfte dem besonderen Charakter der Volksbelustigungen jeweilig entspricht. Falls Tatsachen bekannt sind, die die Auspielungsunternehmer unzuverlässig erscheinen lassen, ist die Genehmigung zu versagen.

Ueber die Erfahrungen ist mir von den Reg.-Präs. zum 1. 2. 1928 zu berichten. (Frist bei dem Reg.-Präs. 15. 1. 1928.)

### Veröffentlicht.

Die Ortspolizeibehörden ersuche ich bei der Erteilung von Genehmigungen zu Auspielungen nach vorstehenden Grundsätzen zu verfahren.

Belgard, den 19. September 1927.

Der Landrat.

### Betrifft: Anträge auf Erteilung von Wandergewerbeseineen.

Damit diejenigen Personen, welche im Jahre 1928 ein Gewerbe im Umherziehen betreiben wollen, rechtzeitig in den Besitz eines Wandergewerbeseinees gelangen, ersuche ich die Ortsbehörden des Kreises, die Gewerbetreibenden aufzufordern, diesbezügliche Anträge bei der Ortspolizeibehörde ihres Wohnorts (Amtsvorsteher) bis spätestens 31. Oktober d. Jz. anzubringen.

Dabei ersuche ich, folgendes zu beachten:

Die Anträge sind auf den vorgeschriebenen Formularen anzunehmen (für Neuanträge Formular A und für Personen, die 1927 bereits einen Gewerbechein gehabt haben, Formular C). Für Begleiter sind die Formulare B bzw. D zu verwenden. Aus jedem Antrag muß hervorgehen, ob es sich um einen Antragsteller handelt, der das Wandergewerbe erstmalig ausübt, das Wandergewerbe unterbrochen hat, oder es jahraus, jahrein ausübt hat. Den Anträgen ist ein auf der Rückseite polizeilich bescheinigtes Lichtbild beizufügen.

Bei Mitführung von Begleitern ist festzustellen, ob der Begleiter krankensicherungsspflichtig ist. Ist dies der Fall, so ist der Grundlohn und der Wochenbeitrag für einen Versicherten sowie der Name der Krankenkasse anzugeben. Auf § 459 ff der Reichsversicherungssordnung wird verwiesen. In die Nachweisung ist das Alter mit vollen Jahren einzusetzen. Aus diesen Anträgen auf Mitführung von Begleitern muß auch zu ersehen sein, daß die Begleiter nur zu „neben- bzw. untergeordneten“ Diensten (Beförderung von Waren, Wartung des Gepäcks usw.) herangezogen werden sollen. Hierbei wird besonderes Augenmerk auf Anträge von Musikern zu richten sein. Begleiter von Musikern dürfen sich beim Musizieren nicht betätigen.



Bei Anträgen auf Erteilung von Wandergewerbe-scheinen in den Fällen des § 55 Ziff. 4 der Gewerbeordnung (Musikauufführungen usw.) ist der **gelernte Beruf** des Antragstellers und **gegebenf. ob kriegsbeschädigt** anzugeben.

Den Anträgen auf Mitführung **schulpflichtiger Kinder** ist eine **Äußerung** des für den Wohnort oder den Aufenthaltsort der Kinder zuständigen Schulrats beizufügen. (Ziff. 71 Abs. 2 Anw.)

Die Antragsteller sind darauf hinzuweisen, daß nachträglich gewünschte **Änderungen** bzw. **Erweiterungen** des Scheines nur **schriftlich** beim Bezirksausschuß zu beantragen sind.

Bei Bezeichnung der Handelsgegenstände sind **Ausdrücke** wie **Lebensmittel** aller Art, **landwirtschaftliche Produkte** usw. zu vermeiden; bei Bemessung der Steuer müßte hier der **Höchstsatz** angesetzt werden, während die Händler vielfach nur einen Teil der unter die betreffende Bezeichnung fallenden Waren mit sich führen. Dagegen werden die **Sammelbezeichnungen** „**Kolonial-, Material-, Tabak-, Bad-, Kurz-, Manufaktur-** usw. Waren“ zweckmäßig anzuwenden sein. Bei dem Ausdruck „**Vieh** aller Art“ ist jedesmal „**ein oder ausschließlich Pferde**“ beizufügen. Bei Anträgen auf **Ausspielung** von Waren mittels **Glücksrades, Ring- und Plattenwerfen, Würfeln** usw. sind die Antragsteller darauf hinzuweisen, daß der Wandergewebeschein lediglich auf „**Freibieten von Waren**“ lauten darf. (Ziff. 68 Abs. 3 Anw.) Bei Angabe des **Transportmittels** ist die Bezeichnung „**beliebig**“ unzulässig. Als **Transportmittel** gelten: **Handwagen, Fuhrwerk, Fahrrad, Motorrad, Kraftwagen**.

Personen unter 25 Jahren wie solchen, denen gemäß § 57 b der Reichsgewerbeordnung der Wandergewebeschein **versagt** werden kann, sind bei erstmaliger Antragstellung darauf hinzuweisen, daß ihr Antrag wenig Aussicht auf Erfolg hat.

Bei der Verfolgung von Straffällen wegen unerlaubten Handels fällt die irrige Ansicht vieler Gewerbetreibender auf, daß **gehandelt** werden kann, auch wenn der erteilte Gewebeschein noch nicht eingelöst ist. Die Gewerbetreibenden sind in geeigneter Weise darauf aufmerksam zu machen, daß der Wandergewebeschein erst mit der **Einklösung** als erteilt gilt. Die **Polizeibehörden** haben somit **keine Berechtigung**, irgendwelche **Bescheinigungen** auszustellen. Gewerbetreibende, die ihren Wandergewebeschein zwecks **Nachtragung** einreichen, sind darauf hinzuweisen, daß sie in der Zwischenzeit den Handel nicht ausüben dürfen.

Zur Feststellung eines gerechten und angemessenen Steuerfußes haben die **Ortspolizeibehörden** zu jedem Antrage den zu erwartenden Umfang des Gewerbebetriebes anzugeben. Dieser wird zweckmäßig als „**Haupt- oder Nebengewerbe**“ von „**ganz geringem — geringem — mittlerem — großem — sehr großem**“ Umfang zu bezeichnen sein. Die Spalte „**Bemerkungen**“ der Antragsnachweisung wird also zu enthalten haben:

Hauptgewerbe — geringer Umfang.  
2,50 RM. Verwaltungsgebühr.

und gegebenf.:

Die besondere Erlaubnis ist vorhanden.

Grundlohn . . . RM. . . Pfg.

Wochenbeitrag . . . RM. . . Pfg.

. . . Krankenkasse für den Kreis . . .

Auf die Erhebung einer Verwaltungsgebühr (siehe meine Bekanntmachung vom 7. 7. 1925, Kreisblatt Nr. 54) wird besonders hingewiesen.

Für die Bemessung der Gebühr ist vorwiegend die (mutmaßliche) Größe (Umfang und Ertrag) des Betriebes maßgebend. Grundsätzlich sind alsdann  $\frac{1}{4}$ ,  $\frac{1}{2}$ ,  $\frac{3}{4}$  der Höchstgebühr in Ansatz zu bringen, je nachdem es sich um einen kleineren, mittleren oder großen Betrieb handelt. Bei gänzlich unbedeutenden und außerordentlich großen Betrieben sind die jeweiligen Min-

dest- bzw. Höchstgebühren zu erheben. Aus besonderen Gründen kann hiervon abgewichen werden.

Ferner habe ich Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß bei einer größeren Zahl der im laufenden Jahre hier zur Vorlage gelangten Anträge infolge ihrer Unvollständigkeit zeitraubende Rückfragen erforderlich geworden sind. Die dadurch verzögerte Ausfertigung und Aushändigung der Scheine hat verschiedentlich zu einer erheblichen Schädigung der betreffenden Gewerbetreibenden geführt. In einigen Fällen mußte sogar von einer strafrechtlichen Verfolgung des unerlaubten Hausierhandels Abstand genommen werden, weil die verzögerte Ausfertigung der Scheine nachweislich hierdurch verschuldet worden war.

Auch hat sich die Zahl der Reklamationen gegen die festgesetzten Gewerbesteuern im letzten Jahre erheblich vermehrt, was nicht zuletzt auf die mangelhaften Ermittlungen über den Umfang des Gewerbebetriebes und die wirtschaftlichen Verhältnisse des Gewerbetreibenden zurückzuführen ist.

Viel unnötiges Schreibwerk und z. T. auch berechtigte Klagen von Gewerbetreibenden hat die unrichtige Erhebung der Verwaltungsgebühr verursacht. Auf die Erhebung derselben nach den vorstehend mitgeteilten Grundsätzen ist besonderer Wert zu legen.

Um die Ausfertigung der Scheine zum Beginn des neuen Jahres zu gewährleisten, mache ich es den Herren Amtsvorstehern des Kreises mit allem Nachdruck zur Pflicht, daß die für die Weitergabe der Anträge erforderlichen Unterlagen mit größter Beschleunigung beschafft und die unter genauester Beachtung der einschlägigen Bestimmungen notwendig werdenden Ermittlungen so erschoßend durchgeführt werden, daß Rückschriften von hier nicht mehr erforderlich werden.

Sollten noch Anträge auf Erteilung von Wandergewebescheinen für das laufende Kalenderjahr gestellt werden, so ist dies ausdrücklich auf den Anträgen zu vermerken.

Belgard, den 12. September 1927.

Der Landrat.

#### Der Gaatenstand Anfang September 1927 im Kreise Belgard.

Fruchtarten usw.	Durchschnittsnoten für den	
	Staat	Regierungsbezirk
Hafer . . . . .	2,8	3,0
Rohrriiben . . . . .	2,9	2,7
Erbsen und Futtererbsen aller Art (Beluschnen) . . . . .	3,0	3,0
Speisebohnen (Stangen-, Buschbohnen) . . . . .	2,8	2,6
Acker- (Sau-, Pferdebohnen) . . . . .	2,8	3,0
Wicken . . . . .	2,8	3,1
Lupinen . . . . .	2,8	3,0
Gemenge, aus Hülsenfrüchten ohne Getreide . . . . .	2,9	3,0
Gemenge aus Hülsenfrüchten mit Getreide . . . . .	2,9	3,0
Spätkartoffeln . . . . .	2,8	3,0
Zuckerrüben . . . . .	2,7	2,9
Futterrüben (Runkeln) . . . . .	2,8	2,9
Klee, auch mit Beimischung von Gräsern . . . . .	2,5	2,5
Luzerne . . . . .	2,5	2,8
Wiesen mit Bes- oder Entwässerungsanlagen (Kieselmiesen) . . . . .	2,7	2,7
Andere Wiesen . . . . .	2,8	2,9

Der Präsident des Preussischen Statistischen Landesamts.  
Dr. Saenger.

#### Erstklassige Existenz

mit einem monatlichen Einkommen von 600,— Mk. und mehr bieten wir tüchtigem Landreisenden. Es handelt sich um Dauerpösten. Bewerbungen unter V. S. 22745 an Postfach 329, Braunschweig.



# Kreissparkasse Belgard

## Öeffentliche Anstalt

unter Garantie des Kreiskommunalverbandes Belgard.

**Hauptstelle: Belgard im Kreishause.**

Fernsprecher Nr. 2 und 54. Geschäftszeit: 9—1 vormittags und 3—4 Uhr nachmittags. Reichsbankgirokonto,  
Postcheckkonto: Stettin Nr. 218.

Zweigstellen in Bad Polzin und in Groß-Tychow. Nebenstelle in Groß-Rambin.



## Sparverkehr

Zeitgemäße Verzinsung.

## Bankverkehr

Ausführung bankmäßiger Geschäfte. Stahlkammer.

Redaktion, Druck und Verlag Gustav Klemm Nachfl., Belgard.